

Sven Borngräber

Die inhaltliche Kontrolle von
Betriebsvereinbarungen



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	1
I. Problemstellung.....	1
II. Gang der Untersuchung.....	4
§ 2 Rechtscharakter und Wirkungsweise der Betriebsvereinbarung	6
I. Zustandekommen der Betriebsvereinbarung.....	6
1. Rechtsnatur des Regelungsaktes.....	6
2. Parteien der Betriebsvereinbarung.....	7
II. Die Betriebsvereinbarung als Institution des Privatrechts.....	8
III. Unmittelbare, zwingende und normative Wirkung der Betriebsvereinbarung.....	8
IV. Verhältnis zur Privatautonomie.....	9
1. Die Betriebsvereinbarung als Ausdruck der Vertragsfreiheit von Arbeitgeber und Betriebsrat.....	10
2. Der Mangel privatautonomer Legitimation durch die Arbeitnehmer.....	11
a) Der Abschluß des Arbeitsvertrages als Akt der Selbstbestimmung.....	12
aa) Der Arbeitsvertrag als Statusvertrag.....	12
bb) Vertragsakzessorietät der Betriebsverfassung.....	13
cc) Der Arbeitsvertrag als Beitrittsvertrag zum Arbeitsverband Betrieb.....	15
b) Die Betriebsratswahl als Akt der Selbstbestimmung.....	16
V. Gegenständliche Grenzen der Regelungsbefugnis der Betriebspartner.....	18
VI. Ergebnis.....	19
§ 3 Inhaltskontrolle von Betriebsvereinbarungen	21
I. Grundlagen der Inhaltskontrolle.....	21
1. Begriff der Inhaltskontrolle.....	21
2. Maßstab der Inhaltskontrolle.....	21
3. Rechtsfolgen der Inhaltskontrolle.....	22
4. Rechtstheoretische Legitimation der Inhaltskontrolle.....	23
5. Rechtsgrundlage der Inhaltskontrolle.....	26
II. Legitimation der Inhaltskontrolle von Betriebsvereinbarungen.....	27
1. Richtigkeitsgewähr von Betriebsvereinbarungen.....	27
2. Stellungnahme.....	31
a) Abhängigkeit der Betriebsratsmitglieder vom Arbeitgeber.....	31
b) Verbot des Arbeitskampfs.....	32

c) Finanzielle Abhängigkeit des Betriebsrats	33
d) Verpflichtung auf das Wohl der Belegschaft und des Betriebs.....	33
e) Intellektuelle Unterlegenheit	34
f) Verhandlungungleichgewicht im Einzelfall.....	35
g) Ergebnis.....	37
3. Keine Inhaltskontrolle als Konsequenz des Fehlens betriebsvereinbarungsdispositiven Gesetzesrechts	37
4. Ausschluß einer Inhaltskontrolle durch § 310 Abs. 4 S. 1 BGB	39
a) Bisherige Bereichsausnahme in § 23 Abs. 1 AGB-Gesetz	39
b) Neufassung der Bereichsausnahme für das Arbeitsrecht in § 310 Abs. 4 S. 1 BGB.....	40
c) Auswirkungen auf die Kontrolle von Betriebsvereinbarungen	41
d) Stellungnahme	44
III. Ergebnis.....	48
§ 4 Billigkeitskontrolle von Betriebsvereinbarungen	50
I. Grundlagen der Billigkeitskontrolle.....	50
1. Begriff der Billigkeitskontrolle	50
2. Anwendungsbereich der Billigkeitskontrolle	50
3. Maßstab der Billigkeitskontrolle.....	51
4. Rechtsfolgen.....	52
II. Legitimation einer Billigkeitskontrolle von Betriebsvereinbarungen ..	52
1. Eigenständige Bedeutung der Billigkeitskontrolle im Recht der Betriebsvereinbarungen	52
2. Billigkeit ungeeigneter Maßstab	57
3. Fehlen einer dogmatischen Grundlage	57
a) § 75 Abs. 1 BetrVG als Grundlage einer Billigkeitskontrolle	57
b) Billigkeitskontrolle aufgrund gesetzesimmanenter Rechtsfortbildung	58
c) Billigkeitskontrolle aufgrund gesetzesübersteigender Rechtsfortbildung	61
4. Ergebnis.....	62
§ 5 Kontrolle am Maßstab höherrangigen zwingenden Rechts	64
I. Bindung an einfaches Gesetzesrecht.....	64
II. Bindung an Richterrecht	65
§ 6 Kontrolle am Maßstab der Grundrechte	67
I. Keine unmittelbare Grundrechtsbindung der Betriebsvereinbarung....	67

II. Grundrechtsschutz durch § 75 BetrVG	69
III. Ergebnis	72
§ 7 Verhältnismäßigkeit	73
I. Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in der Betriebsverfassung	74
II. Keine Instrumentalisierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung zu einer umfassenden Inhaltskontrolle	76
1. Gestaltungsspielraum der Betriebspartner	77
2. Beschränkung der Verhältnismäßigkeitsprüfung auf eine Evidenzkontrolle	79
III. Ergebnis	82
§ 8 Vertrauensschutz der Arbeitnehmer	84
I. Grenzen der Rückwirkung von Betriebsvereinbarungen	85
1. Die Zulässigkeit rückwirkender Gesetze	85
a) Echte Rückwirkung	86
b) Unechte Rückwirkung	87
c) Gesetzgebung nur für zukünftige Tatbestände	88
2. Rezeption der staatsrechtlichen Grundsätze	89
3. Kein absoluter Schutz „gewordener Individualrechte“ vor rückwirkenden Betriebsvereinbarungen	91
II. Ergebnis	93
§ 9 Ausschließlich belastende Betriebsvereinbarungen	94
I. Schutzzwecklehre	95
II. Vorliegen einer ausschließlichen Belastung der Arbeitnehmer	96
1. Beachtung der Gesamtumstände	96
2. Förderung des Betriebswohls als Begünstigung der Arbeitnehmer	97
III. Verhältnismäßigkeit als Schranke belastender Regelungen	99
IV. Ergebnis	99
§ 10 Gerichtliche Kontrolle von Betriebsvereinbarungen zur Begrenzung der Zeitkollisionsregel	100
I. Änderung von Versorgungszusagen	101
1. Bedeutung der Betrieblichen Altersversorgung	101
2. Anpassungsbedarf	101
3. Rechtsbegründungsakt der Betrieblichen Altersversorgung	103
a) Einzelvertragliche Regelung	104
b) Vertragliche Einheitsregelungen und Gesamtzusagen	104
c) Tarifvertrag	106
d) Betriebsvereinbarung	107

4. Änderung von durch Betriebsvereinbarung begründeten Versorgungszusagen	108
a) Kündigung der Betriebsvereinbarung.....	108
b) Anpassung der Versorgungszusage durch nachfolgende Betriebsvereinbarung	109
5. Die Entwicklung der Rechtsprechung zur Kontrolle nachfolgender Betriebsvereinbarungen im Recht der Betrieblichen Altersversorgung.....	110
a) Ausgangspunkt: „Billigkeitskontrolle“ aufgrund gestörter Vertragsparität	110
b) „Billigkeitskontrolle“ auf der Grundlage des § 75 Abs. 1 BetrVG	111
c) Unterscheidung zwischen konkreter und abstrakter „Billigkeitskontrolle“	112
d) Wandel von der „Billigkeitskontrolle“ zur „Rechtskontrolle“ ..	113
e) Festhalten an der „konkreten Billigkeitskontrolle“	115
6. Das „Drei-Stufen-Modell“	115
a) Erste Stufe:	117
b) Zweite Stufe:	119
c) Dritte Stufe:	121
7. Bewertung des „Drei-Stufen-Modells“ im arbeitsrechtlichen Schrifttum	123
a) Schutz der verdienten Anwartschaften	123
b) Kritik am Schutz der „erdienten Dynamik“	124
c) Schutz der „dienstzeitabhängigen Dynamik“	126
8. Stellungnahme	127
a) Schutz der verdienten Versorgungsanwartschaften	127
aa) Eingriff in grundrechtlich geschützte Rechtspositionen nur unter Beachtung des Übermaßverbots	127
bb) Berücksichtigung des Vertrauensschutzes bei Prüfung der Verhältnismäßigkeit i.e.S.	129
b) Schutz der „erdienten Dynamik“	131
c) Kein Schutz vor rein zukunftsbezogenen Anpassungen der Versorgungszusage	132
aa) Kein Eingriff in grundrechtlich geschützte Rechtspositionen	133
bb) Kein schutzwürdiges Vertrauen in den unveränderten Fortbestand der Versorgungszusage	134
cc) Vergleich mit dem Bestandsschutz bei sonstigen freiwilligen Leistungen des Arbeitgebers	136
9. Ergebnis.....	137
10. Die konkrete Billigkeitskontrolle	138

II. Nachfolgende Betriebsvereinbarungen außerhalb des Rechts der Betrieblichen Altersversorgung	142
1. Sonderleistungen zur Belohnung der Betriebstreu	143
2. Stellungnahme	145
3. Sonderzuwendungen mit reinem Entgeltcharakter	146
§ 11 Gerichtliche Kontrolle von Bindungsklauseln	148
I. Begriff und Zweck der Sonderleistungen	148
II. Stichtagsregelungen und Rückzahlungsklauseln	150
III. Zulässigkeit von Bindungsklauseln	150
1. Grundsätzliche Zulässigkeit von Bindungsklauseln	150
2. Zulässige Bindungsdauer	151
3. Grenzen einzelvertraglicher Bindungsklauseln	152
4. Übertragung der für einzelvertragliche Abreden entwickelten Grundsätze auf Betriebsvereinbarungen	153
a) Die dogmatische Einordnung der Kontrolle einzelvertraglicher Rückzahlungsklauseln	155
aa) Die Vereinbarkeit von Rückzahlungsvereinbarungen mit § 622 Abs. 6 BGB	155
bb) Die Vereinbarkeit von Rückzahlungsvereinbarungen mit der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	158
cc) Die unmittelbare Drittwirkung des Art. 12 GG	160
dd) Rückzahlungsvereinbarungen als Vertragsstrafeversprechen	161
ee) Die Kontrolle von Gratifikationsrückzahlungsvereinbarungen als verdeckte Inhaltskontrolle	163
b) Konsequenzen	166
IV. Beendigungstatbestände	167
1. Die betriebsbedingte Kündigung als Anknüpfungspunkt für die Rückzahlungspflicht	168
2. Unzulässige Inhaltskontrolle von Betriebsvereinbarungen	171
3. Zulässigkeit einer Anknüpfung an betriebsbedingte Kündigung ...	172
§ 12 Gerichtliche Kontrolle von Sozialplänen	174
I. Gerichtliche Kontrolle abändernder Sozialpläne	175
1. Einseitige Reaktionsmöglichkeiten	175
2. Einvernehmliche Abänderung des Sozialplans durch die Betriebspartner	176
a) Eingriff in bereits entstandene Sozialplanansprüche	176
aa) Eingriff in bereits entstandene Ansprüche nur bei Wegfall der Geschäftsgrundlage	176
bb) Stellungnahme	178
b) Schutz noch nicht entstandener Sozialplanansprüche	180

c) Zeitpunkt der Entstehung des Sozialplananspruchs	181
II. Gerichtliche Kontrolle des Regelungsinhalts von Sozialplänen	182
1. Kontrolle anhand des Gleichbehandlungsgrundsatzes	183
2. Unzulässige Inhalts- und Billigkeitskontrolle von Sozialplänen....	184
§ 13 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse in Thesen.....	187